



Konzern- verantwortung

JETZT!



Public Eye

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied?

Herzlichen Dank!
Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.
publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied?

Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.
publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?

Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.
publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

REDAKTION & PRODUKTION
Romeo Regenass (D) und
Ariane Bahri (F)

LAYOUT & INFOGRAFIK
opak.cc

COVER
Alf Ribeiro/Shutterstock; Damián Sánchez; Muhammad Fadli/Panos; Jan Valo

DRUCK
Stämpfli Kommunikation, Bern
Rebello & PerlenValue, FSC

AUFLAGE
D: 42 000 Ex. / F: 13 000 Ex.

ISSN
2504-1266

KONTAKT
Public Eye
Dienersstrasse 12
Postfach, 8021 Zürich

Tel. +41 (0)44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

Das Public Eye Magazin erscheint sechs Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusive Abonnement 75 Franken pro Jahr.

SPENDENKONTO
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



Die neue Konzernverantwortungsinitiative ist da! Ihr Ziel: 100 000 Unterschriften in nur 30 Tagen

Die Europäische Union (EU) hat im Juli ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz verabschiedet. Und was macht die Schweiz? Abwarten und Berichte schreiben. Wir brauchen ein wirkungsvolles Konzernverantwortungsgesetz, denn eine zukunftsfähige Wirtschaft ist eine, die weltweit die Menschenrechte und Umweltstandards respektiert. Mit der enorm hohen Dichte an global tätigen Konzernen, die ihren Sitz in der Schweiz haben, geht auch eine besondere Verantwortung einher. Deshalb wurde nun die neue Konzernverantwortungsinitiative lanciert. Wir brauchen sie dringender denn je.

In dieser Sonderausgabe des Mitgliedermagazins von Public Eye zeigen wir anhand von fünf Fällen, was die Initiative bewirken kann. Bei der Konzernverantwortung geht es um ein breites Spektrum an Verstössen gegen die Menschenrechte und Umweltstandards – von den Vergiftungen durch hochgiftige und in der Schweiz verbotene Pestizide, die ein Schweizer Konzern in Brasilien verkauft, über die Arbeitsbedingungen der Kaffeeproduzent*innen in Mexiko bis zu den dreckigen Geschäften einiger Rohstoffkonzerne. Deshalb brauchen wir unbedingt ein sektorübergreifendes Gesetz mit griffigen Durchsetzungsmechanismen.

Während meines Studiums vor mehr als zehn Jahren belegte ich das Fach Schweizer Politik. Doch wie der politische Prozess rund um eine Initiative tatsächlich abläuft, habe ich erst in den Jahren meiner Arbeit bei Public Eye und Amnesty International für unsere erste Konzernverantwortungsinitiative erlebt. In ihrer Verteidigungstaktik nutzte die Gegenseite so ziemlich jede Möglichkeit zur Verzögerung und Verwässerung aus. Auch dieses Mal ist mit massivem Druck der Konzernlobby zu rechnen. Doch gewappnet mit unserem Erfahrungsschatz und mit einer engagierten Öffentlichkeit auf unserer Seite fordern wir den Bund auf, endlich vorwärts zu machen und sämtlichen taktischen Spielchen mutig entgegenzutreten.

Nun sind wir also wieder da mit einer Initiative und der ungebrochenen Schlagkraft der gemeinsamen Mobilisierung unzähliger Schweizer Organisationen. Um ein starkes Zeichen zu setzen, wollen wir die 100 000 Unterschriften in der Rekordzeit von nur 30 Tagen sammeln. Lassen Sie uns gemeinsam den Sammelrekord brechen und die Initiative dieses Mal gewinnen. Geben wir nochmals alles für etwas, das eigentlich selbstverständlich sein sollte: dass Schweizer Konzerne weltweit Menschenrechte und Umweltstandards einhalten!

Anina Dalbert, Juristin Wirtschaft und Menschenrechte; Vertreterin von Public Eye im Initiativkomitee der neuen Konzernverantwortungsinitiative



04 Was fordert die zweite Initiative? Und wie unterscheidet sie sich vom EU-Gesetz?

Nachdem die EU letzten Sommer eine Richtlinie zur Konzernverantwortung verabschiedet hat, muss die Schweiz nachziehen. Anders als in der EU macht der Initiativtext keine Vorschriften zur Haftung für die Lieferkette. Damit geht die Schweizer Initiative weniger weit als das geltende EU-Gesetz.



07 Mit Leidenschaft für ein Gesetz in der EU gekämpft

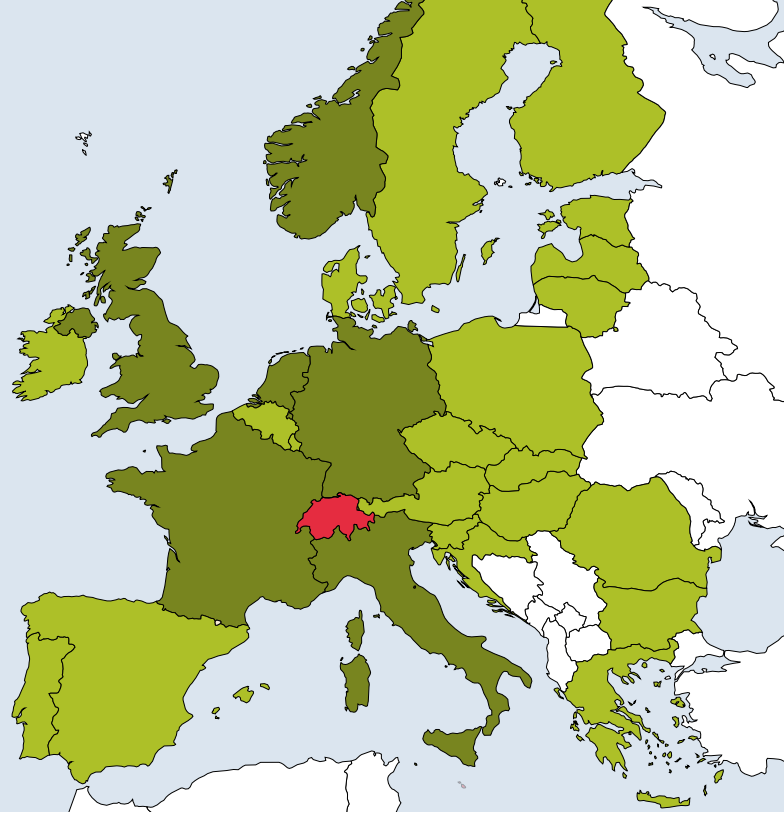
Die Niederländerin Lara Wolters hat als Mitglied des Europäischen Parlaments leidenschaftlich dafür gekämpft, dass die EU ein Gesetz zur Konzernverantwortung einführt. Sie ist überzeugt, dass auch die Schweiz Bedarf für ein Gesetz zur Konzernverantwortung hat.

Von gefährlichen Pestiziden bis zur toxischen Zementproduktion: Fünf konkrete Fälle zeigen auf, in welchen Bereichen die Initiative Verbesserungen bewirken würde.

- 13** Ein in der Schweiz und in der EU verbotenes Pestizid des Basler Konzerns Syngenta verursacht Vergiftungen bei Bauernfamilien und Landarbeiter*innen in der Landwirtschaft Brasiliens.
- 20** In Mexiko kommen Bauernfamilien, die für Nestlé Kaffee produzieren, nicht auf ein existenzsicherndes Einkommen.
- 22** Die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Schweizer Rohstoffkonzerne beschönigt den Beitrag der Unternehmen zur globalen Klimaerwärmung.
- 24** Wie Schweizer Rohstoffkonzerne ausländische Amtsträger bestechen, die Umwelt verschmutzen oder die Menschenrechte verletzen.
- 26** Eine Zementfabrik des Schweizer Baustoffkonzerns Holcim vergiftet die Luft, welche die Bevölkerung in einem Städtchen in Serbien einatmet.

Konzernverantwortung in Europa

- In diesen Ländern gibt es bereits Gesetze zur Konzernverantwortung oder Konzerne können in Prozessen vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden.
- Übrige EU: Seit dem 25. Juli 2024 gilt in allen EU-Ländern die neue Richtlinie zur Konzernverantwortung.
- Die Schweiz ist bald das einzige Land Europas ohne Konzernverantwortung.



Quelle: Koalition für Konzernverantwortung

Die Zeit ist definitiv reif für ein griffiges Schweizer Gesetz

Nachdem die Europäische Union letzten Sommer eine Richtlinie zur Konzernverantwortung verabschiedet hat, muss die Schweiz nachziehen. Die neue Konzernverantwortungsinitiative, für die aktuell Unterschriften gesammelt werden, nimmt die Konzerne in die Pflicht.

ANINA DALBERT

Nach einem turbulenten Frühling ist in der Europäischen Union (EU) im Juli 2024 ein umfassendes Konzernverantwortungsgesetz – die sogenannte Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) – in Kraft getreten. Der Kompromiss stand eigentlich bereits im Dezember 2023, doch was bei anderen EU-Gesetzen jeweils nur noch ein formeller Schritt ist, wurde in diesem Fall zu einem Politkrimi.

Über Monate hatte die deutsche FDP Widerstand geleistet gegen das EU-Konzernverantwortungsgesetz. Und das, obwohl die Bundesregierung das Gesetz mitverhandelt hatte und die FDP die Haltung der deutschen Regierung massgeblich geprägt hatte. In einem dramatischen Verhandlungsendspurt gelang es der belgischen Ratspräsidentschaft aber, eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten für das wichtige Menschenrechtsvorhaben zu sichern.

Die finale Version der EU-Richtlinie wird von Vertreter*innen aller politischen Lager mitgetragen. Mit 374 zu 235 Stimmen war das Ja-Lager im EU-Parlament deutlich in der Mehrheit, und im Ministerrat stellte sich eine

Mehrheit der Staaten, die gemeinsam mehr als 65% der Bevölkerung der EU vertreten, hinter die Richtlinie. Erfreulich zudem, dass auch anfänglich kritische Staaten wie Schweden dem Kompromiss am Ende zustimmten.

EU lässt Staaten zwei Jahre Zeit für die Umsetzung

Die neue Richtlinie umfasst sektorübergreifende Sorgfalts- und Klimapflichten für Grossunternehmen und sieht eine zivilrechtliche Haftung, auch für Schäden von Zulieferern, sowie eine Aufsichtsbehörde vor. Alle EU-Staaten müssen sie nun innerhalb von zwei Jahren umsetzen. Die harmonisierte Rechtslage lässt ihnen wenig Spielraum; die Grundpfeiler, die umgesetzt werden müssen, stehen fest. Die Mitgliedstaaten haben allerdings die Möglichkeit, bei einzelnen Punkten auch weiterzugehen, als es die Vorgaben der neuen Richtlinie vorsehen. Erste Staaten wie die Niederlande haben unterdessen bereits einen Entwurf für die Umsetzung des Gesetzes ausgearbeitet.

Durch diese neue EU-weite Konzernverantwortungsrichtlinie ist die Schweiz bald das einzige Land

in Europa ohne Konzernverantwortung. Obschon die Richtlinie der EU auch für Schweizer Unternehmen ab 450 Millionen Euro Umsatz in der EU gilt (sogenannte Drittstaatenregelung), greifen die Durchsetzungsmechanismen der Haftung und der Aufsicht in der Schweiz ohne eigenes Gesetz nicht. Damit alle Grossunternehmen gleich lange Spiesse haben, braucht es ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz auch in der Schweiz.

Das lange Ringen in der Schweiz

Die Schweiz hat am 29. November 2020 über die Konzernverantwortungsinitiative abgestimmt. Eine breite Koalition von NGOs, Vertreter*innen aller politischen Parteien sowie Exponent*innen aus der Wirtschaft und den Kirchen hatte die Initiative unterstützt. Mit 50,7% hatte eine Mehrheit der Stimmbevölkerung die Initiative angenommen, doch sie scheiterte am Ständemehr.

Anfang 2022 trat deshalb der zahnlose Alibi-gegenvorschlag in Kraft. Dieser führt lediglich dazu, dass Konzerne seit 2024 neue, umfangreichere Hochglanzbroschüren produzieren müssen. Die Pflicht zur Berichterstattung allein führt aber leider nicht dazu, dass alle Unternehmen Menschenrechte und Umweltbestimmungen einhalten. Auch die EU-Kommission kam bereits 2020 aufgrund einer Evaluation zum Schluss, dass Berichtspflichten nicht zu den notwendigen Verhaltensänderungen bei Unternehmen geführt hatten. Das war für die EU der Auslöser, die Konzernverantwortungsrichtlinie zu erarbeiten.

Obwohl der Bundesrat im Abstimmungskampf um die Konzernverantwortungsinitiative immer wieder versprochen hat, sich für ein «international abgestimmtes» Gesetz und «gleich lange Spiesse» für Konzerne in der Schweiz und in der EU einzusetzen, blieb er bislang untätig. Kürzlich hat er angekündigt, im Frühling 2025 über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Wenn es gelingt, die nötigen 100 000 Unterschriften für die Initiative schon vor diesem Entscheid gesammelt zu haben, können wir ein starkes Zeichen ins Bundeshaus senden. Denn bereits jetzt ist klar: Ohne den Druck aus Bevölkerung und Zivilgesellschaft wird die Konzernlobby im Parlament weiterhin verhindern, dass die Schweiz beim Thema Konzernverantwortung nachzieht.

Wie wichtig das Thema Konzernverantwortung in der Schweiz nach wie vor ist, sieht man an den Recherchen von Public Eye, von denen einige in dieser Ausgabe nachzulesen sind, sowie an den vielen Medienberichten zu immer neuen Fällen von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung. Sie alle zeigen, dass es griffige Regeln braucht, damit auch Konzerne mit Sitz in der Schweiz für ihre Machenschaften geradestehen müssen.

Hinter der neuen Initiative steht auch dieses Mal eine breite Koalition aus über 90 Menschenrechts- und Umweltorganisationen, Politiker*innen verschiedener Parteien und Wirtschaftsvertreter*innen. Public Eye ist selbstverständlich Teil dieser Koalition und setzt sich mit aller Kraft für ein griffiges Schweizer Gesetz ein.

Konzernverantwortung JETZT!

Die Schweiz liegt bei der Konzernverantwortung heute weit zurück. Die neue Initiative ermöglicht ein international abgestimmtes Vorgehen:

		SCHWEIZ	EU	SCHWEIZ
		GELTENDES GESETZ	NEUES GESETZ	NEUE INITIATIVE
PFLICHTEN	Sorgfaltspflicht für Menschenrechte und Umwelt	X (nur für Kinderarbeit und Konfliktmineralien)	✓	✓
	Klimapflicht (verbindliche Absenkpfade für CO ₂ -Emissionen)	X	✓	✓
HAFTUNG	für kontrollierte Unternehmen (Tochterfirmen)	X	✓	✓
	bis in die Lieferkette	X	✓	X
AUFSICHT	Aufsichtsstelle mit Sanktionskompetenz	X	✓	✓

DAS FORDERT DIE INITIATIVE

Die neue Konzernverantwortungsinitiative fordert ein international abgestimmtes, griffiges Konzernverantwortungsgesetz. Dieses soll im Einklang mit den Nachbarländern der Schweiz folgende Punkte umfassen:

1 Risikobasierte Sorgfaltspflichten für Menschenrechte und Umweltschutz gemäss internationalen Standards (insbesondere UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte; OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen)

Konzerne sollen dazu verpflichtet werden, keine Menschenrechte zu verletzen und die Umwelt nicht zu zerstören. Dazu sollen die Konzerne die grössten Risiken identifizieren und Massnahmen ergreifen, um Probleme proaktiv zu beheben.

2 Eine Klimapflicht zur Reduktion der klimaschädlichen Emissionen der eigenen Geschäfte

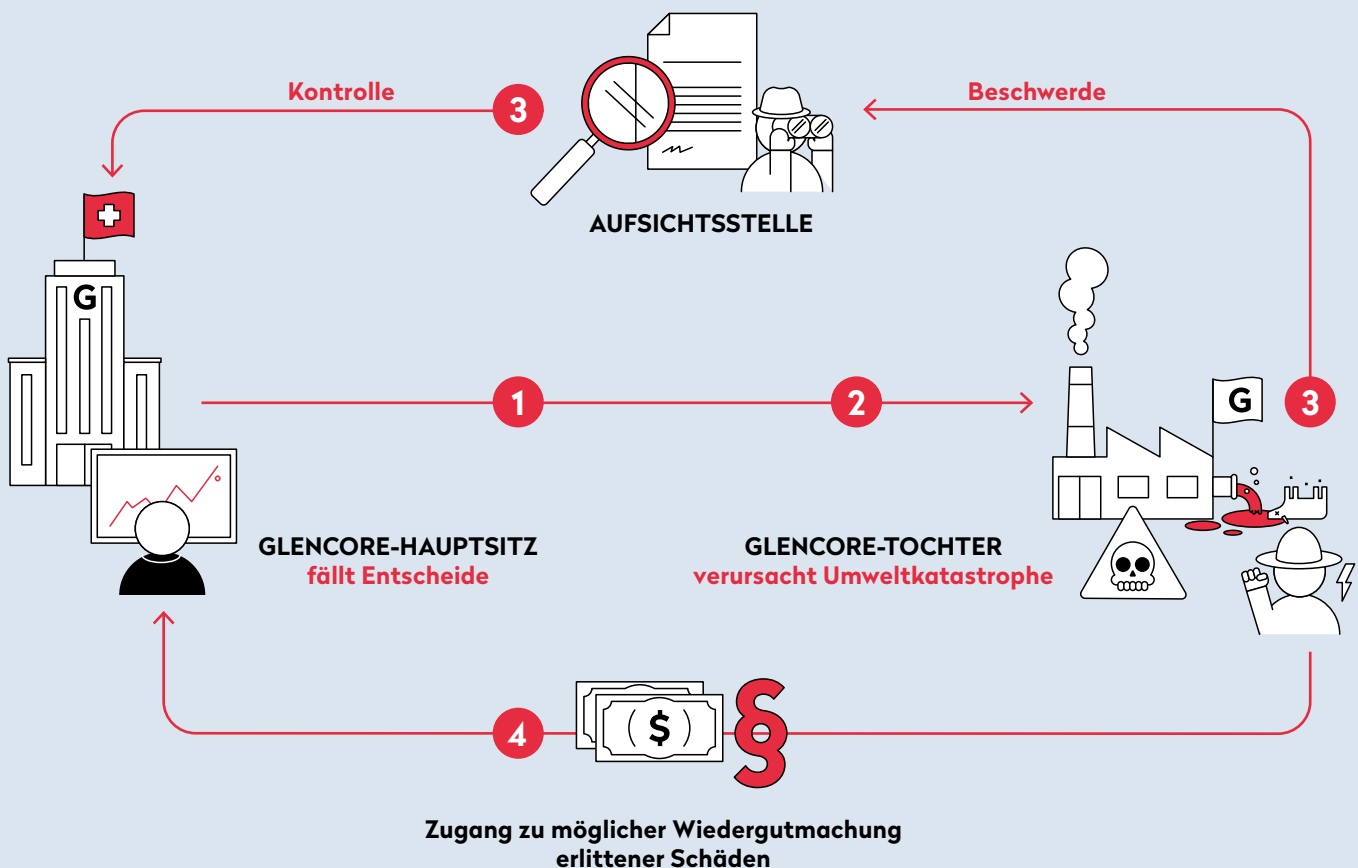
Um die international vereinbarten Klimaziele einhalten zu können, sollen sich Konzerne schrittweise von Geschäften mit sehr hohem CO₂-Ausstoss wie der Förderung von Kohle und Erdöl verabschieden.

3 Eine unabhängige Aufsichtsstelle mit umfassenden Kompetenzen nach Vorbild der EU-Richtlinie

Eine Aufsichtsstelle überprüft auf der Basis der Geschäftsberichte oder aufgrund von Beschwerden, ob sich die Konzerne an die Regeln halten. Bei Verstössen kann die Aufsicht Bussen verhängen und den Konzern anweisen, Massnahmen zu ergreifen.

4 Eine zivilrechtliche Haftung für Schäden, die Tochterfirmen von Schweizer Konzernen verursachen

Wenn ein Konzern einen Schaden anrichtet, soll er vor einem Schweizer Gericht dafür geradestehen. Betroffene können so für erlittene Schäden entschädigt werden.





«Jede theoretische Gerechtigkeit ist wenig wert, wenn die Opfer keinen Zugang dazu haben»

Die Niederländerin Lara Wolters ist Mitglied des Europäischen Parlaments in der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten. Wenn die Europäische Union heute ein griffiges Gesetz zur Konzernverantwortung kennt, hat das sehr viel mit ihr zu tun. Im Gespräch mit Public Eye erklärt sie, weshalb sie stolz darauf ist, Teil einer neuen Generation junger und weiblicher Abgeordneter zu sein, die sich dafür einsetzen, die Wirtschaft zum Besseren zu verändern.

INTERVIEW: ANINA DALBERT & ROMEO REGENASS*

Frau Wolters, Sie haben in der Europäischen Union (EU) monatelang für die Richtlinie zur Konzernverantwortung (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, kurz CSDDD) gekämpft. Wann war der Moment, in dem Ihnen klar wurde, dass Sie Erfolg haben werden und dieser Traum wahr wird?

Ich habe immer daran geglaubt, dass diejenigen von uns, die für die Menschenrechte und die Umwelt eintreten, sich am Ende durchsetzen würden. Aber es gab Anfang 2024 einen Punkt, an dem dieses Projekt auf so starken politischen Widerstand stiess, dass ich an unserem Erfolg zweifelte. Ein Kamerateam begleitete mich und

mein Team, als die Mitgliedstaaten das Gesetz schliesslich verabschiedeten, und hielt die Erleichterung und Freude dieses Moments fest. Viele Leute haben mich seitdem gefragt, ob das wirklich der Moment war, in dem uns klar wurde, dass wir erfolgreich sein würden, und ich denke, unsere Gesichter zeigen, dass wir wirklich



Die finnische Europaabgeordnete Heidi Hautala mit Lara Wolters und anderen Parlamentarierinnen in Strassburg.

nicht wussten, dass das eintreten würde, bis es so weit war.

Auf welchen Teil der Richtlinie sind Sie am meisten stolz?

Wir haben nicht nur dafür gesorgt, dass Opfer vor einem EU-Gericht Recht bekommen können. Wir haben auch dafür gesorgt, dass dies für die Opfer nicht nur ein Kampf David gegen Goliath ist. Das war nicht einfach, aber es war absolut entscheidend, denn einige multinationale Konzerne machen in einem Jahr mehr Umsatz als gewisse einkommensschwache Länder. Jede theoretische Gerechtigkeit ist wenig wert, wenn die Opfer keinen Zugang dazu haben. Deshalb haben wir einige sehr praktische Massnahmen ergriffen und zum Beispiel sichergestellt, dass die Gerichtskosten nicht unerschwinglich hoch und die Fristen für das Einreichen einer Klage nicht lächerlich kurz sind. Wir haben aber

auch radikalere Massnahmen getroffen, etwa dass Opfer durch Gewerkschaften und NGOs vertreten werden und Richter*innen von Unternehmen die Offenlegung von Beweisen einfordern können.

Welcher Punkt sollte denn am dringendsten überarbeitet werden?

Auf jeden Fall der Einschluss des Finanzsektors, den die Kommission in den nächsten zwei Jahren denn auch prüfen wird. Geld regiert die Welt, und hinter jeder Tragödie steht eine Bank oder ein Investor, der sie finanziert hat. Ich sah keinen Grund, den Finanzsektor nicht einzuschliessen, aber leider waren zahlreiche Regierungen anderer Meinung, insbesondere Frankreich. Diese Lücke müssen wir dringend schliessen.

Der Moment, als Deutschland versuchte, die Richtlinie zu kündigen, nachdem bereits ein Kompromiss

erzielt worden war, muss für Sie eine grosse Herausforderung gewesen sein, weil das Ende so greifbar war. Wie fühlten Sie sich in diesem Moment?

Ich war wütend. Wir standen während der Verhandlungen in ständigem Kontakt mit der deutschen Regierung, und als ich später versuchte, gegen einige ihrer roten Linien anzukämpfen, war klar, dass es in ihrer Koalition keinen Raum für Verhandlungen gab. Die Behauptung einiger FDP-Minister, das Gesetz sei übereilt und ohne sie zu konsultieren gemacht worden, ist also völlig unwahr. Der endgültige Text respektierte alle ihre roten Linien, und das in einem Mass, dass sie neue erfinden mussten, um ihre Ablehnung zu rechtfertigen. Natürlich steht jede Vereinbarung unter dem Vorbehalt der Zustimmung, doch ein solches Verhalten untergräbt das Vertrauen, das es braucht, um überhaupt in Verhandlungen einzutreten.

Die European Coalition for Corporate Justice (ECCJ), in der auch Public Eye Mitglied ist, fordert seit Langem eine Richtlinie und hat den Prozess genau verfolgt. Welche Rolle spielte die ECCJ in Ihren Augen im Gesetzgebungsverfahren?

Sie war von Anfang bis Ende eine unschätzbar wichtige Partnerin. Die ECCJ hat jahrzehntelang für die Rechenschaftspflicht von Unternehmen gekämpft und hat sowohl ein erhebliches Fachwissen dazu als auch die Fähigkeit, sich in ganz Europa leidenschaftlich für dieses Thema einzusetzen. Ich habe keinen Zweifel daran, dass sie mit ihrem Netzwerk jetzt, wo wir in der Umsetzungsphase sind, die Kampagne fortsetzen und als Wächterin über die daraus resultierenden nationalen Gesetze fungieren wird.

Welche Rolle hat die jüngere Generation im Parlament gespielt? Glauben Sie, dass das Bewusstsein für dieses Thema bei den jüngeren Abgeordneten grösser ist als bei den älteren?

Ich bin unglaublich stolz darauf, Teil einer neuen Generation jüngerer und weiblicher Abgeordneter zu sein, die sich dafür einsetzen, unsere Wirtschaft zum Besseren zu verändern – von der Sorgfaltspflicht über das Stoppen der Abholzung bis hin zum Kampf gegen die grossen Modekonzerne. Aber die Unterstützung für meine Initiative war sowohl partei- als auch generationenübergreifend. Ohne den Einsatz der legendären und sehr erfahrenen grünen Europaabgeordneten Heidi Hautala aus Finnland, die neben mir am Verhandlungstisch sass und sich seit Jahren mit diesem Thema beschäftigt, hätte ich die Verhandlungen nicht führen können. Die Koalition sowohl innerhalb als auch ausserhalb des Parlaments war breiter, als viele Leute denken, und die CSDDD ist so gut, weil sie eine grosse Bandbreite an Fachwissen zusammenbringt.

In der Schweiz wurde die Konzernverantwortungsinitiative im Jahr 2020 sehr knapp abgelehnt, und das mit dem Hauptargument, dass sich die Schweiz an der EU orientieren muss. Jetzt haben wir die CSDDD, die auch für einige Schweizer Konzerne gilt. Braucht es in der Schweiz noch ein ähnliches Gesetz wie die CSDDD, und wenn ja, warum?

Selbstverständlich! Es gibt doch in der Schweiz genauso viel Bedarf an Konzernverantwortung wie in der EU. Aber die Angleichung ist ein wichtiger Faktor, nicht nur in der Schweiz, sondern bei vielen Handelspartnern der EU. Die EU-Regelung ist

«Ich bin mir sicher, dass es in der Schweiz genauso viel Bedarf an Konzernverantwortung gibt wie in der EU.»

fest verankert in den seit Langem bestehenden internationalen Leitlinien, und wir sehen immer mehr Länder in dieselbe Richtung gehen. Die politische Marschrichtung ist also klar, und ich denke, unsere Unternehmen würden die Einheitlichkeit und die Planbarkeit begrüssen, die sich aus einer internationalen Angleichung ergeben würden. Ich würde mir wünschen, dass dies durch einen UN-Vertrag geschieht. Aber bis es so weit ist, hoffe ich, dass sich gleichgesinnte Länder auf einen Konsens einigen können.

Was wir in der Schweiz haben, ist die Pflicht zur Berichterstattung. Warum reicht dies nicht aus, um die Situation vor Ort zu verändern?

Die Berichterstattung ist sehr wichtig, verstehen Sie mich nicht falsch. Ich habe auch an den EU-Rechtsvorschriften für die Berichterstattung gearbeitet, und es gibt im Moment viele Fragen dazu, warum es sie

überhaupt braucht. Dabei beginnt alles mit der Offenlegung: Die Unternehmen verfügen über die Daten, und die Investoren fragen zunehmend danach. Nur so kann man Fortschritte bewerten und Probleme erkennen. Die Berichterstattung allein wird jedoch keinen Schaden verhindern. Wir brauchen eine Sorgfaltspflicht, um vorbeugende Massnahmen zu ergreifen oder, wenn es zu spät ist, mit der Behebung des Schadens zu beginnen.

Im Dokumentarfilm «Der Kompromiss – In den Korridoren der Macht» auf Arte sagen Sie, wie frustrierend es ist, die Situation der Opfer von Menschenrechtsverletzungen nicht verbessern zu können – selbst wenn man wie Sie eine Machtposition innehat. Was treibt Sie an, weiter für Gerechtigkeit und Konzernverantwortung zu kämpfen?

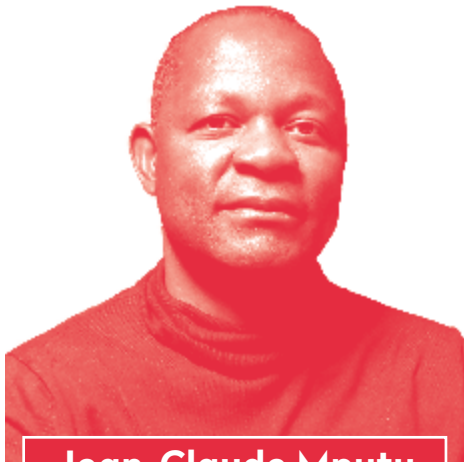
Die CSDDD wird nicht jede Tragödie verhindern können – kein Gesetz könnte das je. Was mich antreibt, ist der Gedanke, dass wir nie wissen werden, was hätte passieren können, wenn es dieses Gesetz nicht gegeben hätte. Nun können Leben gerettet und Ökosysteme geschützt werden. Und dank dem Kampf, den wir geführt haben, werden die Opfer von einigen der schlimmsten Ungerechtigkeiten wenigstens Anspruch auf Entschädigung haben. ■

* Das Interview wurde schriftlich geführt.



Link zum Dokfilm in der Mediathek von arte.tv:
Der Kompromiss – In den Korridoren der Macht

Was Betroffene und Engagierte im Ausland



Jean-Claude Mputu

«Es gibt ein universelles Prinzip, das besagt, dass wer einen Fehler begeht, dafür auch geradestehen muss. Die Schweizer Unternehmen sind verantwortlich für alles, was sie tun, auch wenn das im Ausland ist. Sehr oft missachten Konzerne die Menschenrechte, zerstören unsere Umwelt aufs Gröbste oder verstossen gegen lokale Arbeitsgesetze. Es braucht in der Schweiz ein Gesetz, das es wie in der EU ermöglicht, die Konzerne zur Verantwortung zu ziehen.»

Jean-Claude Mputu ist Politikwissenschaftler und Co-Direktor der NGO Resource Matters mit Büros in Kinshasa (Demokratische Republik Kongo) und Brüssel.



Julio Castillo

«Es braucht unbedingt ein Gesetz, das die multinationalen Schweizer Unternehmen dazu verpflichtet, die Menschenrechte zu achten. Dazu gehört auch, dass wir Bäuerinnen und Bauern, die Nestlé und andere Weltkonzerne beliefern, ein angemessenes Einkommen für uns und unsere Familien erzielen. Nur so können wir unsere Kaffeefarmen und die Schönheit der Natur erhalten, für die unsere Landwirtschaft steht. So wie jetzt kann es nicht weitergehen.»

Julio Castillo ist Kaffeebauer im süd-mexikanischen Chiapas und beliefert ausschliesslich Nestlé.

zur Konzernverantwortungsinitiative sagen



Pauline Zei

«Wir sind der Meinung, dass Schokoladenunternehmen, die als Bindeglied zwischen den Exporteuren in den Erzeugerländern und den Konsument*innen in Europa fungieren, für die Einhaltung des von der EU verabschiedeten Sorgfaltspflichtkatalogs verantwortlich gemacht werden sollten. Es ist notwendig, regulatorische Anforderungen aufzuerlegen, die es ermöglichen, nachhaltigere Beziehungen zu den Produzentinnen und Produzenten zu entwickeln und die Transparenz in der Wertschöpfungskette des Kakaos zu verbessern.»

Pauline Zei ist Direktorin der Entwicklungsorganisation Inades-Formation in Abidjan, Côte d'Ivoire; Inades-Formation ist Mitglied der ivoirischen Plattform für nachhaltigen Kakao.



David Ugolor

«Der Import von dreckigem Diesel in unser Land und das Bestechen nigerianischer Amtsträger durch Schweizer Konzerne erfordert eine strenge Regulierung. Konzerne wie Glencore oder Trafigura sollen zur Verantwortung gezogen werden können, wenn sie unsere Umwelt verschmutzen oder Menschenrechte verletzen. Vor allem, wenn sie dies in schwach regulierten Ländern wie Nigeria tun.»

David Ugolor ist Pfarrer und Aktivist sowie Geschäftsführer von Africa Network for Environment and Economic Justice (ANEEJ) in Benin City, Nigeria.

Die Konzernverantwortungsinitiative – eine unendliche Geschichte



2015 wurde die Unterschriftensammlung für die erste Konzernverantwortungsinitiative lanciert.



Das Küken Public Eye war gerade erst aus der Erklärung von Bern geschlüpft.



Wir mobilisierten jahrelang für die Abstimmung ...



... die schliesslich nur am Ständemehr scheiterte.

Und jetzt müssen wir immer noch für das Selbstverständliche kämpfen: dass Schweizer Unternehmen die Menschenrechte respektieren und die Umwelt nicht verschmutzen.





Kleinbauern in Brasilien erleiden Vergiftungen durch bei uns verbotenes Pestizid von Syngenta

TEXT:

**NAIRA HOFMEISTER,
LAURENT GABERELL
& CRISPIN DOWLER**

FOTOS:

MARCELO CURIA

Als Brasilien das hochgiftige Paraquat verbot, wick die Landwirtschaft auf Diquat aus, ein Herbizid aus der gleichen chemischen Familie. Doch dieses Pestizid von Syngenta, das in der Schweiz und in der Europäischen Union verboten ist, bringt für Bauern und Bäuerinnen sowie Landarbeiter seine eigenen Probleme mit sich. Dies zeigt eine neue Untersuchung von Public Eye und Unearthed, der investigativen Einheit von Greenpeace Grossbritannien.

Als Valdemar Postanovicz nach einem Arbeitstag auf den Feldern seiner kleinen Farm plötzlich die Hälfte seines Körpers nicht mehr spürte, dachte er, er habe einen Schlaganfall erlitten. «Die gesamte rechte Seite meines Körpers war gelähmt. Ich konnte meinen Fuss und meine Hand nicht mehr spüren. Mein Mund war nach rechts verzogen», erinnert er sich.

In Wirklichkeit litt Postanovicz unter den Symptomen einer akuten Pestizidvergiftung. Als er 2021 sein Land in einem abgelegenen Dorf im Süden Brasiliens von Unkraut befreite, reagierte sein Körper auf Reglone, ein starkes Herbizid auf der

Bild: Valdemar Postanovicz, ein Kleinbauer aus einer abgelegenen Region im Bundesstaat Paraná, erlitt eine akute Vergiftung durch Diquat.

chemischen Grundlage von Diquat. «Es passierte nur ein einziges Mal in meinem Leben, aber ich fühlte mich so krank, dass ich das Pestizid danach nie wieder benutzte.» Heute jätet er seine Bohnen- und Tabakfelder von Hand.

Postanovicz ist einer von immer mehr Bäuerinnen und Bauern, die im Bundesstaat Paraná, der wichtigsten landwirtschaftlichen Region Brasiliens und gleichzeitig dem grössten Nutzer des Herbizids, eine Vergiftung mit Diquat erleiden. Seitdem das berüchtigte Unkrautvernichtungsmittel Paraquat 2020 in Brasilien verboten wurde, ist der Einsatz von Diquat – einem engen chemischen Verwandten – in dem Land rapide angestiegen. Zwischen 2019 und 2022 schnellte der jährliche Diquat-Absatz in Brasilien von rund 1400 auf rund 24 000 Tonnen in die Höhe – ein Anstieg von 1600 %.

Eines der beliebtesten Produkte ist Reglone, ein Unkrautvernichtungsmittel von Syngenta, das 200 Gramm Diquat pro Liter enthält und das der Basler Konzern in seinem Werk in Huddersfield in England herstellt. Die Verwendung von Diquat ist in der Schweiz ebenso verboten wie in der gesamten Europäischen Union (EU), und das aufgrund eines «hohen Risikos» für Landwirt*innen und Menschen, die in der Nähe von damit behandelten Feldern leben. Syngenta verkauft das Herbizid jedoch weiterhin in Brasilien und vielen anderen einkommensschwächeren Ländern, wo die Risiken oftmals höher sind.

Das Gesetz erlaubt dem Basler Chemieriesen sogar, das Herbizid weiterhin in Grossbritannien her-

zustellen und es in Länder mit weniger strengen Gesetzen zu exportieren, obwohl seine Verwendung auch auf britischem Boden verboten ist. Im vergangenen Jahr exportierte Syngenta mehr als 5000 Tonnen Diquat aus Grossbritannien, mit 2661 Tonnen ging mehr als die Hälfte davon nach Brasilien.

Starker Anstieg der Vergiftungen mit Diquat

Der Einsatz von Diquat ist in Paraná noch stärker angestiegen als in Brasilien insgesamt; mittlerweile verzeichnet der Bundesstaat auch einen Anstieg der Vergiftungsfälle. Zwischen 2018 und 2021 wurden in Paraná jährlich nur ein bis drei Diquat-Vergiftungen gemeldet. Diese Zahl stieg 2022 auf sechs und im Jahr 2023 auf neun. Expert*innen zufolge sind diese offiziellen Zahlen wohl nur die Spitze des Eisbergs. Die allermeisten Fälle von Pestizidvergiftungen werden nicht gemeldet, sei es, weil in abgelegenen Gebieten die Gesundheitsversorgung nicht gewährleistet ist, oder aus Angst vor Repressalien seitens der Arbeitgebenden.

«Diese Zahlen spiegeln nur einen Bruchteil der Realität wider», sagt Marcelo de Souza Furtado von der staatlichen Gesundheitsbehörde von Paraná. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation kommen auf jede registrierte Vergiftung 50 nicht erfasste Fälle. «Die Behörden kennen das tatsächliche Ausmass des Problems der Pestizidvergiftungen in Paraná nicht», fügt er hinzu, aber «das Problem ist gross».

Vor der Aussaat werden Felder mit Pestiziden besprüht. – Persönliche Schutzausrüstung für das Ausbringen von Pestiziden.



Marcelo de Souza Furtado bemerkte erstmals 2023, dass die Meldungen über Diquat-Vergiftungen jene über Paraquat-Vergiftungen zu ersetzen begannen. «Wir sind besorgt», sagt er, als er erfährt, dass auch Diquat in Europa verboten ist. «Wenn das Produkt in anderen Ländern verboten ist, zeigt das, dass es sehr giftig ist.» Die meisten Vergiftungen stehen im Zusammenhang mit Syngentas Bestseller Reglone: Von den 36 Diquat-Vergiftungen, die das brasilianische Gesundheitsministerium zwischen 2018 und 2022 landesweit erfasste, betrafen 30 Fälle oder 83 % Reglone.

«Selbst verwenden sie das Produkt also nicht, stellen es aber her und schicken es zu uns nach Brasilien?»

Darley Corteze, Landwirt im Bundesstaat Paraná

«Ich wusste nicht, dass sie dieses Produkt in ihrem eigenen Land nicht einsetzen», sagt Darley Corteze, ein junger Landwirt aus Pérola d'Oeste ganz im Westen von Paraná. Corteze erlitt 2023 eine Vergiftung durch Reglone, als er auf den Sojafeldern rund um sein Elternhaus arbeitete. «Selbst verwenden sie das Produkt also nicht, produzieren es aber und schicken es zu uns nach Brasilien?», fragt er. «Dann setze ich das nur noch ein, wenn ich keine andere Option habe.»

Auf Anfrage sagt ein Syngenta-Sprecher, dass die Bedürfnisse der Landwirtschaft weltweit unterschiedlich seien und der Einsatz von Agrochemikalien auf der Beurteilung der Risiken und Vorteile durch die nationalen Regierungen der jeweiligen Länder beruhe. «Auf dieser Grundlage exportieren die in Grossbritannien ansässigen Produktionsstätten von Syngenta Produkte, die in Grossbritannien nicht mehr verfügbar oder notwendig sind, aber von den Landwirten und Regulierungsbehörden des Importlandes aus agronomischen und landwirtschaftlichen Gründen als notwendig erachtet werden.»

Herbizide wie Diquat seien «wichtige Hilfsmittel» für den pfluglosen Anbau, eine Methode, die den Boden schone. Diquat werde zudem auf brasilianischen Sojafeldern auch als Trocknungsmittel vor der Ernte eingesetzt. «Diese Verwendung ermöglicht eine genaue Planung der späteren Ernten und Anpflanzungen und zwei Ernten pro Jahr auf demselben Land, was die landwirtschaftliche Produktivität erhöht und den Druck zur Rodung neuer Anbauflächen verringert.» Syngenta sei mit allen relevanten Vorschriften bestens vertraut und halte sich bei Herstellung, Verkauf und Transport der Pflanzenschutzmittel strikt an diese Vorschriften.

Diquat wurde in der EU, in der Schweiz und in Grossbritannien verboten, weil es ein «hohes Risiko» für

alle Menschen darstellt, die in der Nähe der Felder, auf denen es versprüht wurde, wohnen und daran vorbeigehen. Die Behörden äusserten jedoch auch Bedenken hinsichtlich der Risiken für alle, die mit dieser Chemikalie arbeiten. In einer Simulation mit traktormontierten Sprühgeräten kam die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit zu dem Schluss, dass die Exposition der Arbeiter*innen den zulässigen Höchstwert um mehr als 4000 % überschreiten würde – selbst beim Tragen einer persönlichen Schutzausrüstung.

In Brasilien empfiehlt Syngenta den Personen, die Reglone verwenden, Schutzanzüge, chemikalienbeständige Stiefel und Handschuhe sowie Helm, Augenschutz und Atemschutzmaske zu tragen. Aber in den Kleinbetrieben sei man sich der Bedeutung der persönlichen Schutzausrüstung nicht immer bewusst, gibt Marcelo de Souza Furtado zu. Hitze und Feuchtigkeit erschweren die konsequente Verwendung zusätzlich. «Die Anwendung der persönlichen Schutzausrüstung verbessert sich unter den Landwirt*innen zwar, bleibt aber eine grosse kulturelle und praktische Herausforderung», sagt der Mitarbeiter der staatlichen Gesundheitsbehörde von Paraná. «Viele, die auf den Feldern arbeiten, benutzen sie entweder gar nicht oder tragen nur einen Teil der Ausrüstung.»

Einsatz der Schutzausrüstung als Herausforderung

Darley Corteze gehört auch zu ihnen. Er erzählt, dass er zwar die vollständige Schutzausrüstung – einschliesslich Handschuhen und Overall – getragen, aber das Visier nicht benutzt habe. «Man muss es jedes Mal waschen, und es behindert die Sicht, weil es aus Plastik ist», erklärt er. Corteze sagt, dass der Schmerz, den er nach der versehentlichen Vergiftung mit Diquat verspürte, nicht normal war – etwas, das er «vorher noch nie gespürt hatte». Mehr als ein Jahr später habe er immer noch ein wenig Kopfschmerzen, wenn er die Chemikalie verwende.

Seine Eltern sind nun vorsichtig mit Pestiziden. Sie wohnen immer noch in dem kleinen Haus, in dem er aufgewachsen ist, nicht weit von einem grossen Sojafeld entfernt. «Wenn Pestizide versprüht werden, muss man sich einschliessen, die Ritzen unter den Türen verstopfen, die Fenster schliessen... damit die vergiftete Luft nicht eindringt», berichtet seine Mutter Joselaine. «Der Geruch steigt einem direkt in den Kopf, die Kopfschmerzen beginnen, dir wird übel.»

Manchmal schützt die Schutzausrüstung nicht ausreichend, berichten Landarbeiter. Als Fábio Souza im April 2023 die Sojafelder seines Chefs mit Reglone besprühte, trug er nach eigenen Angaben ein Gesichtvisier, um sich zu schützen. «Aber die Flüssigkeit trat von unten ein und gelangte in mein Auge», erzählt er. Souza spürt immer noch Nachwirkungen seiner Verletzung, darunter ein brennendes Gefühl an sonnigen Tagen. «Meine



Kleinbauer Luiz Patalo starb, nachdem er in einem impulsiven Akt Reglone geschluckt hatte.

Sehkraft wurde dadurch beeinträchtigt, manchmal sehe ich verschwommen», sagt er. «Wir haben nur ein Paar Augen. Wenn wir nicht mehr sehen können, ist alles weg, es wird dunkel, die Welt verschwindet.» Souza's Name wurde geändert, um seine Identität zu schützen. Er befürchtet Vergeltungsmassnahmen seitens seines Arbeitgebers, weil er mit den Medien gesprochen hat. Er verwendet Reglone noch immer, sprüht aber aus Angst vor einer Verbreitung des Mittels über das behandelte Areal hinaus nur, wenn seine Kinder in der Schule sind. Sein Haus liegt 100 Meter von den Feldern entfernt. «Seit dem Unfall bin ich bei der Verwendung der Pestizide noch vorsichtiger geworden. Es macht mir richtig Angst, sie zu benutzen. Es ist gefährlich», sagt er.

Familienbetriebe besonders gefährdet

Bauernfamilien, die kleine Flächen bewirtschaften und Pestizide von Hand versprühen, sind besonders gefährdet. «Das grösste Risiko einer Vergiftung besteht für die Person, die das Pestizid ausbringt», erklärt Renato Rezende Young Blood, Direktor der Agentur zum Schutz der Landwirtschaft in Paraná (Adapar). «Das ist wahrscheinlich der Grund für die Vergiftungen bei Kulturen, die eher in der Familienlandwirtschaft üblich sind, wo einfache Spritzgeräte verwendet werden.»

Postanovicz ist ein solcher Kleinbauer: Er lebt in einem bescheidenen Haus mit drei Zimmern in einer abgelegenen, von Kleinbetrieben geprägten Gegend. Der Landwirt baut genug Obst und Bohnen für seinen Eigenbedarf an und verkauft ein paar Tabakpflanzen, um seine Rechnungen zu bezahlen. Er arbeitet allein auf seinem 35 Hektar grossen Grundstück und verwendete für die Anwendung von Reglone eine Rückenspritze. «Reglone ist ein äusserst starkes Produkt; wenn es mit der Tabak-

pflanze in Kontakt kommt, tötet es sie sofort», sagt er. Wie Darley Corteze trug er eine Schutzhose, Stiefel und Handschuhe, aber kein Visier. «Beim Atmen beschlägt das ganze Plastik. Das ist gefährlich: Du kannst stolpern, fallen und dich verletzen.»

Laut Postanovicz zeigten sich die ersten Symptome, nachdem er mit der Arbeit fertig war und geduscht hatte. Er sah verschwommen, sein rechtes Bein und sein rechter Arm wurden taub und seine rechte Hand zitterte. Heute noch löst der Geruch von Reglone bei ihm eine heftige Reaktion aus. «Ich hasse es. Ich rieche es sogar, wenn es jemand weit weg von hier versprüht, es ist schrecklich.»

Die berufsbedingte Exposition ist nicht die einzige Gefahr für Menschen, die mit gefährlichen Pestiziden arbeiten müssen. Allein die Verfügbarkeit und leichte Zugänglichkeit von giftigen Produkten in landwirtschaftlichen Regionen birgt Risiken. In den neun Jahren vor dem Paraquat-Verbot, zwischen 2010 und 2019, starben in Brasilien 138 Menschen im Land durch die Einnahme des Unkrautvernichters, wie eine Analyse der Bundesuniversität von Ceará ergab. Davon wurden 129 Fälle als Selbstmord eingestuft.

Paraquat ist bereits in sehr geringen Mengen tödlich – ein einziger Schluck des Unkrautvernichters kann tödlich sein, und es gibt kein Gegenmittel. Dies macht es extrem gefährlich.

Jetzt gibt es Anzeichen dafür, dass mit dem Ersatz von Paraquat durch Diquat auch Letzteres bei Suizidversuchen eingesetzt wird. Zwischen 2018 und 2022 wurden in Brasilien landesweit offiziell 36 Fälle von Diquat-Vergiftungen registriert. Fast die Hälfte davon, nämlich 17, waren Suizidversuche, von denen 4 tödlich verliefen. Die landesweiten Zahlen für 2023 liegen noch nicht vor.



Tödliche Pestizide wie Reglone werden oft in kleinen Schränken im Garten hinter den Häusern von Bauernfamilien gelagert.

In Paraná haben wir auch mit der Familie von Luiz Patalo gesprochen, einem Kleinbauern aus Prudentópolis, der im Februar 2019 an einer Diquat-Vergiftung starb. «Um 18 Uhr kam er in die Küche und sagte mir, er habe Reglone getrunken», erzählt Patalos Mutter Elza mit Tränen in den Augen. «Am nächsten Morgen war er tot.» «Er hatte einen Herzstillstand und konnte nicht gerettet werden», fügt seine Schwester Luciana hinzu. «Die Ärzt*innen haben ihr Möglichstes getan, aber die Wirkung des Pestizids war einfach zu stark.»

Das Gift immer in Reichweite

Laut Elza zeigte ihr Sohn keine Anzeichen von Depressionen. Er war ein fröhlicher Mann, er hatte stets ein Lächeln auf den Lippen und verstand sich mit allen gut. «Wir hätten das nie erwartet», fährt sie fort. «Aber als er an diesem Abend nach Hause kam, hatte er sich mit einem Nachbarn gestritten, der auf einem Dorffest getrunken hatte, schliesslich wurde die Auseinandersetzung gewalttätig. Er war wirklich aufgebracht.» Seine Familie sagt, er habe wohl im Impuls gehandelt.

Das Diquat wurde in einem kleinen, mit Schlüssel abgeschlossenen Schrank im Garten hinter dem Haus aufbewahrt. «Ich denke, wenn er keinen Zugang zu dem Pestizid gehabt hätte, wäre heute vielleicht alles anders, denn es war leicht für ihn, an das Pestizid zu kommen und es zu trinken», sagt Luciana.

Laut Michael Eddleston, Professor für klinische Toxikologie und Experte für Pestizidvergiftungen an der Universität Edinburgh, sind solche Fälle nicht ungewöhnlich: Menschen, die Pestizide schlucken, würden oft aus einem flüchtigen Impuls heraus handeln, der wenig mit einem tiefen Wunsch, zu sterben, zu tun habe. Das Trinken einer Flüssigkeit scheine einfacher und weniger

brutal zu sein als andere Methoden des Suizids. Aber Produkte mit einer solch hohen Toxizität wie Paraquat und Diquat würden keine impulsiven Handlungen verzeihen.

«Wir sollten nicht davon ausgehen, dass Menschen, die Pestizide schlucken, sich das Leben nehmen wollen», sagt Eddleston. «Das tun sie nicht immer. Sie vergiften sich, um sich mitzuteilen. Ist eine Person wütend oder gestresst, sieht sie darin vielleicht den einzigen Weg, ihren Mitmenschen mitzuteilen, wie sehr sie durch eine Situation verletzt ist. Und sie tut es mit dem, was gerade zur Verfügung steht. Würden diese Chemikalien nicht bei den Leuten zu Hause stehen, würden die Menschen nicht sterben.»

Aus diesem Grund könne laut Eddleston die Zahl der Todesfälle drastisch zurückgehen, wenn hochgiftige Pestizide durch ungiftige oder weniger giftige Alternativen ersetzt werden. Sri Lanka beispielsweise war Anfang der 1990er-Jahre für eine der höchsten Suizidraten der Welt berüchtigt. Doch Einschränkungen und Bestimmungen für Pestizide haben zu einem Rückgang der Suizidrate um mehr als 70 % seit 1995 beigetragen. In China sind die durch Pestizide verursachten Suizide nach einem Verbot bestimmter hochgiftiger Substanzen zwischen 2006 und 2018 deutlich zurückgegangen.

Auch Fernanda Characovskis Suizidversuch mit Reglone und einer anderen Agrochemikalie im Jahr 2020 war ungeplant. Characovski war vor Kurzem mit ihrem Lebensgefährten umgezogen, um auf dem Bauernhof seiner Familie zu arbeiten. Die Arbeit war anstrengend und sie fühlte sich isoliert; Nachbar*innen gab es nicht, und sie verstand sich nicht immer gut mit der Familie ihres Partners. Sie nahm das Pestizid «nach einem üblen Streit» mit ihrem damaligen Partner zu sich. Es sei «ein Impuls» gewesen, sagt sie. «Es war ein Moment der Wut,



Der Bundesstaat Paraná ist die wichtigste landwirtschaftliche Region Brasiliens und grösster Nutzer von Diquat.

eine Verzweigungstat, und ich wollte mich rächen. Ich glaube, ich war psychisch schon sehr angeschlagen, auch aufgrund einer leichten Depression.»

Characovski verbrachte zwei Wochen im Spital, davon mehrere Tage auf der Intensivstation. Die Vergiftung hat bleibende Spuren hinterlassen: Sie kann bestimmte Lebensmittel nicht mehr essen. «Mein Magen wurde durch das Pestizid verätzt», sagt sie. Sie spricht sehr offen über ihren Suizidversuch und sagt, dass die leichte Zugänglichkeit des Produkts ein entscheidender Faktor war. «Ich denke, wenn man innerlich brodelt, handelt man, ohne nachzudenken, und wenn man depressiv ist, tut man es, ohne dabei etwas zu fühlen», sagt sie. «Wenn ich keinen Zugang zu dem Pestizidschrank gehabt hätte, hätte ich nicht versucht, mich umzubringen. Ich hätte nicht den Mut dazu gehabt.»

Auch in China viel mehr Diquat-Vergiftungen

Brasilien ist nicht das einzige Land, in dem die tödlichen Vergiftungen mit Diquat zugenommen haben. Seit China Paraquat im Jahr 2016 verboten hat, wird Diquat weitverbreitet als Ersatz verwendet. Ärzt*innen haben seither Hunderte von Fällen tödlicher Selbstvergiftungen mit Diquat gemeldet, wobei Studien Sterblichkeitsraten zwischen 17 % und 60 % ergeben. Eddleston weist darauf hin, dass Syngenta und andere Hersteller das Herbizid als flüssiges Produkt mit 20 % Diquat verkaufen, so wie sie es auch mit Paraquat getan haben. Diese Produkte, so Eddleston, reproduzieren «die gefährlichsten Eigenschaften von Paraquat». Sie können ebenso leicht geschluckt werden und auch für sie gibt es kein Gegengift.

Bisher sind weder in Brasilien noch in China annähernd so viele Menschen an einer Diquat-Vergiftung gestorben wie zuvor an Paraquat. Eddleston ist sich

jedoch sicher, dass die Flüssigprodukte mit 20 % Diquat-Anteil in den Händen von Kleinbäuerinnen und -bauern viel zu gefährlich sind. «Schon ein kleiner Schluck von diesem Zeug ist tödlich. Und den kann man auch aus Versehen einnehmen», fügt er hinzu.

Das neue Paraquat

Als weltweit grösster Produzent von Soja, Zuckerrohr, Kaffee und Orangen ist Brasilien einer der grössten Pestizidverbraucher weltweit, und der Einsatz von Agrochemikalien nimmt Jahr für Jahr zu. Doch die Karriere von Diquat ist aussergewöhnlich: Das Herbizid wurde von einem Nischenprodukt zu einem der am weitesten verbreiteten Unkrautvernichtungsmittel. Während der Gesamtverbrauch von Pestiziden in Brasilien von 2019 bis 2022 bloss um 30 % zulegte, stieg er bei Diquat um 1600 %.

Der Auslöser dafür war das Verbot von Paraquat, das laut der brasilianischen Gesundheitsbehörde Anvisa aus vier Gründen ausgesprochen wurde: die Schwere der berufsbedingten und versehentlichen Vergiftungsfälle, die Überschreitung der sicheren Grenzwerte bei der Exposition der Arbeiter*innen gegenüber Paraquat, selbst bei Verwendung einer Schutzausrüstung, das erbgutverändernde Potenzial der Chemikalie sowie die Studien, die einen Zusammenhang zwischen Paraquat und der Parkinsonkrankheit aufzeigen.

Nun stellt sich zunehmend die Frage, weshalb das mit Paraquat eng verwandte und in Europa bereits verbotene Diquat, dessen Einsatz in Brasilien exponentiell zunimmt, im südamerikanischen Land noch immer zugelassen ist. «Es handelt sich bei Paraquat und Diquat praktisch um dasselbe Molekül», sagt Marcos Andersen, ein Agronom, der bei der Gesundheitsbehörde des Bun-

desstaates Paraná arbeitet. «Sie wirken auf die gleiche Weise, und Diquat müsste ebenfalls verboten sein.»

2024 nahmen die Gesundheitsbehörden von Paraná Diquat erstmals in ihre jährlichen Untersuchungen von Lebensmitteln auf Pestizidrückstände auf. «Wir sind über die zunehmende Verwendung dieser Substanz besorgt», ergänzt Andersen. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass die brasilianischen Behörden die Verwendung von Diquat in absehbarer Zeit einschränken werden. «Die Anvisa ist daran, die Situation zu überprüfen, und wird in einem internen Prozess eruieren, welches Pestizid am problematischsten ist, aber dieser Prozess steht erst ganz am Anfang», sagt Gamini Manueera, ein Experte an der Universität Edinburgh, der früher die Regulierungsbehörde für Pestizide in Sri Lanka leitete.

Agrochemie lobbyierte für schwächere Regulierung

2023 hat Brasilien ein Gesetzespaket verabschiedet, das der agrochemischen Industrie sehr entgegenkommt, Zulassungsverfahren für Pestizide vereinfacht und die Rolle der Gesundheits- und Umweltbehörden bei der Regulierung schwächt. «Die Gesetzgebung ist ein wenig schwächer und lascher geworden, wenn es um die Zulassung von Pestiziden geht», sagt Marcelo de Souza Furtado von der staatlichen Gesundheitsbehörde von Paraná. «Es wurden viele neue Pestizide auf den Markt gebracht, und bei vielen wissen wir noch gar nicht, ob und in welchem Ausmass sie für die menschliche Gesundheit schädlich sind.»

Andere sehen durch diese Schwächung der Gesetzgebung eine noch grössere Verantwortung bei den Ländern und Unternehmen des globalen Nordens, verbotene Pestizide wie Diquat nicht länger zu exportieren. «Brasilien hat mit tatkräftiger Unterstützung der Agrochemieunternehmen ein neues Pestizidgesetz verabschiedet, das die Zulassung und Verwendung von Pestiziden noch flexibler gestaltet», so Alan Tygel, Sprecher der brasilianischen Kampagne gegen Agrargifte. «Vor diesem Hintergrund müssen die europäischen Länder, die in ihrem eigenen Land verbotene Pestizide herstellen und nach Brasilien exportieren, Verantwortung übernehmen und aufhören, uns Produkte zu schicken, die für ihre eigene Bevölkerung zu gefährlich sind.»

Syngenta entgegnet darauf, jedes Land habe das Recht, selbst zu entscheiden, welche Pestizide auf seinen Landwirtschaftsbetrieben benötigt würden. «Beim Export von Produkten aus Grossbritannien respektiert Syngenta die Souveränität und die Richtlinien des Importlandes, erfüllt alle internationalen regulatorischen Anforderungen [...] und stellt vor Ort detaillierte Informationen zur Verfügung, um eine sichere Anwendung zu fördern», so der Unternehmenssprecher. Das Unternehmen stelle Pestizide nur an wenigen Orten der Welt her, um sicherzustellen, dass die Bestandteile «von

höchster Qualität» seien. Wer den Zugang zu hochwertigen, zugelassenen Produkten blockiere, fördere den Markt für gefälschte und illegale Produkte – von denen viele von kriminellen Organisationen unter Verwendung schädlicher und nicht regulierter Inhaltsstoffe hergestellt würden, wodurch Landwirt*innen einem noch grösseren Risiko ausgesetzt würden. «Syngenta schult jedes Jahr Hunderttausende von Menschen im sicheren Umgang mit unseren Produkten», fügt der Sprecher hinzu. «Dieses Jahr wollen wir allein in Brasilien mehr als 55 000 Menschen schulen.»

Für Marcos Orellana, UN-Sonderberichterstatter für Giftstoffe und Menschenrechte, zeigt die Tatsache, dass Syngenta – trotz des weitverbreiteten Wissens, dass dies zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen führt – in diesen Ländern anderswo verbotene Pestizide verkauft, die engen Grenzen freiwilliger Leitprinzipien für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln auf. Der UN-Vertreter sieht im Export von verbotenen Pestiziden in die Länder des Südens eine Form der «modernen Ausbeutung». «Für die Länder, die verbotene Pestizide produzieren und exportieren, scheint die Gesundheit der Menschen in den Empfängerländern nicht so wichtig zu sein wie die ihrer eigenen Bevölkerung», beklagt er.

Diese Ansicht teilen viele der Bäuerinnen und Landarbeiter in Paraná, mit denen Public Eye und Unearthed gesprochen haben. «Ich halte es für unmoralisch, ein Pestizid in einem Land zu verbieten, um es anschliessend zu uns zu schicken», sagt Luciana Patalo, die ihren Bruder Luiz durch eine Diquat-Vergiftung verloren hat. «Wenn das Produkt für die einen zu gefährlich ist, dann ist es das auch für alle anderen.» ■

Das würde die Initiative bewirken

Die Verwendung von Pestiziden birgt in Ländern wie Brasilien zahlreiche Risiken für die Umwelt und die Gesundheit der Bauern und Bäuerinnen sowie der Landarbeiter*innen. Mit der Initiative müsste Syngenta die Risiken, die mit dem Gebrauch von hochgefährlichen Pestiziden in einkommensschwächeren Ländern einhergehen, endlich ernst nehmen und gegebenenfalls für verursachte Schäden geradestehen.

Kaffeebauern in Mexiko ringen um ein Einkommen, das zum Leben reicht

TEXT:
FLORIAN BLUMER &
CARLA HOINKES
FOTO:
DAMIÁN SÁNCHEZ

Seit Jahren leiden die Bäuerinnen und Bauern, die in der Region Soconusco im Süden Mexikos Kaffee für Nescafé anbauen, unter Tiefstpreisen, die sie in Armut halten. Nach monatelangen Protesten und öffentlichem Druck ist ihnen Nestlé im Herbst ein Stück entgegengekommen. Doch der Konzern ist nicht bereit, Preismechanismen einzuführen, die den Kaffeeproduzent*innen das Menschenrecht auf ein existenzsicherndes Einkommen garantieren würden.

Als wir die Zeile gelesen hatten, rieben wir uns ungläubig die Augen. «Die Angelegenheit wurde zur Zufriedenheit aller Beteiligten gelöst», liess Nestlé im April 2024 gegenüber der Westschweizer Zeitung «Le Courrier» verlauten. Dieser Satz prangte so in der Folge auch auf der Website des Konzerns.

Die Angelegenheit: Zwei Monate zuvor waren Bäuerinnen und Bauern im mexikanischen Bundesstaat Chiapas auf die Strasse gegangen, um gegen die ruinösen Preise zu protestieren, die ihnen Nestlé für den Kaffee bezahlt. Viele der Protestierenden nehmen seit Jahren am «Nescafé Plan» teil, der laut Nestlé durch Massnahmen wie Schulungen und Grattissetzlinge das Leben Hunderttausender Kaffeeproduzent*innen weltweit verbessert haben soll und den Konsument*innen 100% «verantwortungsvoll beschafften» Kaffee verspricht. Doch die Bauernfamilien im Soconusco sind heute bitter enttäuscht von Nestlés Vorzeigeprogramm, das ihnen keine höheren Einkommen bescherte. Ganz im Gegenteil: Weil Nestlés Einkaufspreise oft unter den Produktionskosten liegen, kommen viele Bauernfamilien in der Region kaum mehr über die Runden und fürchten, ihre Farmen aufgeben zu müssen. Dies stellten wir bei unserem Besuch vor Ort fest (Public Eye Magazin vom Juni 2024).

Nestlé diktiert den Produzent*innen die Preise

Mit ihren lautstarken Protesten konnten die Produzent*innen im Februar ein Treffen mit Nestlé-Vertretern erzwingen. Zuvor hatte sich der Konzern jeglichem Austausch verweigert und die Verantwortung auf die lokalen Kaffee-Zwischenhandelsfirmen geschoben. Schliesslich ist der Konzern eingeknickt, denn es zeigte sich klar, dass nicht sie, sondern Nestlé – der einzige Abnehmer dieses Kaffees – die Preise diktiert.

Doch die Zusammenkunft in Tuxtla Gutiérrez, der Hauptstadt von Chiapas, verlief dann enttäuschend. Das berichtete uns Julio Castillo, der als Vertreter der protestierenden Bäuerinnen und Bauern dabei war: Diese fuhren mit schönen Worten im Ohr, aber ohne Preiserhöhung wieder nach Hause. Statt auf die moderate Forderung nach einem «fairen» Preis von 35 Pesos pro Kilo (damals 1.50 Franken) einzugehen, beharrte Nestlé auf dem Preis von 32 Pesos, der kaum zur Deckung der Produktionskosten ausreichte.

Bild: Bei Protestaktionen in Tapachula verbrennen Bäuerinnen und Bauern Kaffeesäcke mit der Aufschrift «Nescafé Plan». Auf dem Banner steht: «Wenn Armut eine Tatsache ist, ist Demonstrieren ein Recht.»



Die Produzent*innen erhielten damit keinen Peso mehr als im Vorjahr – obwohl der Preis von Robusta-Kaffee auf den internationalen Märkten im selben Zeitraum um rund 50 % gestiegen war.

Die auch gegenüber «Kassensturz» von SRF geäußerte Behauptung von Nestlé, dass die Angelegenheit im Februar «gelöst» worden sei, bezeichnete Julio Castillo denn auch als «blanke Lüge». Der Konzern hat die Falschaussage, nachdem wir mehrfach darauf gedrängt hatten, erst im November von seiner Website gelöscht.

Öffentlicher Druck durch Public Eye wirkt

Um mit Blick auf die folgende Erntesaison weiter Druck auf Nestlé auszuüben, sammelten die Bauern Unterschriften, dazu erregte die Berichterstattung von Public Eye einige Medienaufmerksamkeit in der Schweiz und in Mexiko. Dies führte zu weiteren Treffen zwischen Nestlé und den Bäuerinnen im letzten Herbst. Angesichts der fortschreitenden Inflation und eines Börsenpreises für Robusta, der unterdessen noch einmal um 50 % gestiegen war, erhöhten sie ihre Forderung auf 50 Pesos. Anfang November teilten ihnen die Zwischenhändler dann den Startpreis für die neue Erntesaison mit: 45 Pesos pro Kilo (Fr. 1.90).

Sie seien damit zwar nicht zufrieden, sagte uns Julio Castillo, aber sie könnten mit diesem Preis leben. Und er fügt an, dass die Preiserhöhung ohne die Proteste und den Druck aus der Schweiz undenkbar gewesen wäre. Denn allzu oft habe Nestlé in der Vergangenheit nicht einmal höhere Börsenpreise an die Bauern weitergegeben.

Doch Julio Castillo ist sich bewusst, dass es sich nur um eine kurzfristige Lösung handelt. So ist unklar, was passiert, sobald der Druck auf Nestlé nachlässt und der Börsenpreis wieder sinkt. Wie Millionen Kaffeebäuerinnen und -bauern sind auch die Produzent*innen in Chiapas damit den Preisschwankungen auf dem Weltmarkt ausgeliefert, die durch die massiven Auswirkungen

des Klimawandels auf die Ernteerträge noch grösser werden. Dennoch ist Nestlé – wie die allermeisten Kaffeekonzerne – nach wie vor nicht bereit, seine Beschaffungspraxis grundlegend zu überdenken und Preismechanismen einzuführen, die den grossmehrheitlich in Armut lebenden Familien ein stabiles, existenzsicherndes Einkommen garantieren würden.

Dass die Sicherstellung dieses Menschenrechts einem Konzern nicht möglich sein soll, der mit dem Verkauf von Kaffee jedes Jahr Profite in Milliardenhöhe erzielt, wollen die Bäuerinnen und Bauern im Soconusco nicht verstehen. Wie hat es eine Bäuerin im Rahmen der Proteste formuliert? «Wir verlangen ja nicht nach den Perlen der heiligen Jungfrau! Alles, was wir fordern, ist ein fairer Preis, der uns in Würde leben lässt.» ■

Das würde die Initiative bewirken

Die Initiative verpflichtet die Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte in ihrer Wertschöpfungskette. Zu diesen international verankerten Rechten zählt auch das Recht auf faire und angemessene Arbeitsbedingungen, einschliesslich eines existenzsichernden Einkommens für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Konzerne wie Nestlé könnten nicht länger die Augen verschliessen vor unwürdigen Arbeitsbedingungen im Kaffeeanbau.

Rohstoffkonzerne frisieren Klimabilanz

TEXT:

MANUEL ABEBE

FOTO:

MUHAMMAD FADLI/PANOS

Die Rohstoffdrehzscheibe Schweiz spielt mit ihren 1000 Unternehmen eine tragende Rolle im globalen Handel mit Kohle, Öl und Erdgas. Wegen unzureichender Berichterstattungsrichtlinien blieb bislang verborgen, wie gross der damit verbundene Klimaschaden ist. Eine im November 2024 veröffentlichte Analyse von Public Eye bezifferte diesen erstmals: Allein die CO₂-Emissionen der grössten fünf Rohstoffhändler sind 100-mal so hoch, wie diejenigen der gesamten Schweiz.

Die meist im Frühling publizierten Nachhaltigkeitsberichte der grössten Schweizer Rohstoffhändler verzehren stapelweise Hochglanzpapier. Neben den Erfolgsgeschichten über Bildungsprogramme, Arbeitsplatzsicherheit oder Umweltmassnahmen erzählen sie darin seit einigen Jahren immer öfters auch von klimarelevanten Projekten. Obwohl die Berichte immer dicker werden, geben sie nur wenig darüber preis, wie stark der Verkauf von Kohle, Öl und Erdgas dem Klima schadet. Denn spätestens seit dem Pariser Klimaabkommen, das bis 2050 die Absenkung der klimaschädlichen Netto-Treibhausgasemissionen auf null vorsieht, ist dieses gesellschaftspolitische Thema für die PR-Profis der Firmen ein potenzielles Pulverfass. Wohl auch daher erwies es sich für Public Eye als äusserst schwierig bis unmöglich, verlässliche, vollständige Informationen zum Treibhausgasausstoss der grössten Schweizer Klimasünder zu finden.

Eingehend haben wir den Klimateil dieser Berichte studiert und zu verstehen versucht, wie die fünf grössten Schweizer Rohstoffkonzerne ihr Geschäftsmodell klimaverträglich gestalten wollen. Die Lektüre war entlarvend: Mittels beschönigender Methoden und wohlklingender Worthülsen kaschieren die Konzerne Glencore, Gunvor, Mercuria, Trafigura und Vitol, dass ihre fossilen Energieträger ganz wesentlich zu einem der drängendsten Umweltprobleme beitragen. Diese Rohstoffhändler frisieren ihre Klimabilanz in einem wesentlichen Punkt: bei den indirekten Emissionen. Diese entstehen, wenn das verkaufte Öl oder Gas genutzt, also verbrannt wird – sei es durch Private, andere Unternehmen oder Behörden. Obwohl diese Emissionen integraler Bestandteil des Rohstoffhandels sind, weisen die Firmen diese meist unvollständig aus.

Der klimaschädlichste Sektor der Schweiz

Daher haben wir selbst zum Taschenrechner gegriffen. Exemplarisch für den erschreckenden Unterschied zwischen dem Paralleluniversum Klimabericht und der realen Welt steht der Genfer Handelskonzern Vitol. Der Branchenprimus handelte 2023 täglich fast 1 Million Tonnen Erdöl und nochmals rund die Hälfte davon an Gas. Insgesamt betragen die indirekten Emissionen seiner 2023 gehandelten Rohstoffe über 1,3 Milliarden Tonnen CO₂. Damit liegen unsere Berechnungen über 40-mal höher als die vom Ölhandelsriesen selbst ausgewiesenen Klimaauswirkungen. Dessen Emissionen aus dem Rohstoffhandel überstiegen damit sogar die Werte von Brasilien, dem Land

Bild: Eine Narbe aus Russ und Schlamm in der Natur: die Kohlemine von Borneo Prima, einem Unternehmen in Indonesien, das im Auftrag des in Zug ansässigen Konglomerats IMR Holding operiert.

mit dem weltweit sechsthöchsten Treibhausgasausstoss. Auch bei anderen Konzernen wie Glencore oder Trafigura liegen die Firmenangaben mehrere Hundert Millionen Tonnen tiefer als unsere Annäherungen.

Diese auf den gehandelten Rohstoffvolumen basierenden Schätzungen sind konservativ und zeichnen dennoch ein düsteres Bild: Die indirekten Emissionen der fünf grössten Schweizer Rohstoffhändler beliefen sich im Jahr 2023 – allein aus der verkauften Menge an Kohle, Öl und Gas – auf über 4 Milliarden Tonnen CO₂. Das entspricht beinahe dem 100-Fachen aller Treibhausgase, die in der Schweiz ausgestossen wurden. Diese Ziffer offenbart erstmals den wahren Beitrag des Schweizer Rohstoffsektors an die globale Klimakrise, deren ausserordentliche Schäden bereits jetzt vornehmlich die einkommensärmsten Länder treffen. ■

Das würde die Initiative bewirken

Die Initiative führt eine Klimapflicht zur Reduktion der klimaschädlichen Emissionen der eigenen Geschäfte ein. Die betroffenen Unternehmen müssten nicht nur berichten, sondern wirksame Reduktionsziele und Absenkpfade festlegen, um die direkten und indirekten Treibhausgasemissionen im Einklang mit dem international vereinbarten Temperaturziel zu reduzieren. Zudem müssten sie die dafür nötigen Massnahmen umsetzen und in einem letzten Schritt darüber berichten.



Wenn Rohstoffhändler erwischt werden

TEXT:**ADRIÀ BUDRY CARBÓ &****BRITTA DELMAS****ILLUSTRATIONEN:****KALONJI**

Die Schweizer Rohstoffkonzerne haben keinen Sinn für Gerechtigkeit. Das zeigt sich immer wieder bei Prozessen, welche die Mechanismen der Korruption, die Vernachlässigung des Unterhalts von Infrastrukturen oder gar schwere Verstösse gegen die Menschenrechte aufdecken.

Die Schweiz als Standort vieler multinationaler Unternehmen, die Rohstoffe weltweit an- oder abbauen oder handeln, ist immer wieder in Umweltkatastrophen und Verletzungen der Menschenrechte oder in internationale Korruptionsnetzwerke verwickelt. Unsere eigenen Recherchen haben unter anderem dokumentiert, wie Händler Bestechungsgelder an ausländische Beamte zahlten, um günstige Ölverträge zu erhalten. Oder wie ein Handelshaus giftige Abfallstoffe aus der Verarbeitung von minderwertigem Benzin in den dicht besiedelten Gebieten der Stadt Abidjan an der Côte d'Ivoire ausschüttete, weil ihm die vorgeschriebene Entsorgung zu teuer war.

Schweiz trägt besondere Verantwortung

Als Drehscheibe für den globalen Abbau und Handel von Rohstoffen trägt die Schweiz eine besondere Verantwortung. Schwere Umweltschädigungen oder Menschenrechtsverletzungen werden von wenigen Personen im Namen der grossen Rohstoffhändler begangen, die in einer rechtlichen Grauzone agieren oder die glauben, sich ohne grosse Konsequenzen aus der Affäre ziehen zu können (die Bussen schrecken hierzulande nicht ab). Die Behörden verharren in ihrer Unbeweglichkeit und setzen auf eine Strategie, die nur sie ernst nehmen: die Selbstregulierung, das heisst den guten Willen der Firmen, sich «integer und verantwortungsvoll» zu verhalten. Ausserdem vertrauen sie darauf, dass die Strafbehörden Korruption und ähnliche Delikte aufdecken und ahnden werden.

Die von uns zusammengestellten Fälle zeigen jedoch, dass derartige internationale Fälle oft erst nach Jahren oder gar Jahrzehnten vor Gericht kommen – wenn sie überhaupt aufgedeckt werden. Dies überrascht nicht, solange ausländische Amtsträger selbst darin verwickelt sind. Unsere Untersuchungen sowie die wirtschaftlichen Entwicklungen im Gefolge des Kriegs in der Ukraine haben immer wieder die Risiken dieses Ansatzes aufgezeigt. Von Kolumbien bis zum Kongo, von der Ukraine bis nach Deutschland – überall das gleiche Bild: Immer mehr Taten von Schweizer Rohstoffhändlern kommen ans Licht; Gerichte und Behörden verhängen Bussen in Milliardenhöhe; Strafverfahren gegen die Unternehmen und ihre Mitarbeitenden sind hängig. Die Fakten, die in den meisten Fällen von Gerichten bestätigt wurden, sind eindeutig: Der Rohstofffluch ist kein unabwendbares Schicksal, sondern er wird von Menschen gemacht. Es ist nicht unausweichlich, dass die rohstoffreichen Länder in der Armut gefangen bleiben.

Aus dieser Überzeugung heraus hat Public Eye im September 2014 die Umriss eines Regelwerks entworfen, das die Gesetzeslücken füllt und von der Schweiz aus dazu beitragen würde, den Teufelskreis des Extraktivismus, also einer auf der Rohstoffherzeugung basierenden Wirtschaft, zu durchbrechen. Oder, falls dies nicht möglich ist, zumindest die negativen Effekte dieses Extraktivismus abschwächen würde.

Aufsicht ist nötiger denn je

Vor zehn Jahren hatte Public Eye die Vision einer Rohstoffmarktaufsicht, kurz ROHMA. Dieses Akronym steht für eine (noch fiktive) Aufsichtsbehörde für den Rohstoffsektor, die Handelslizenzen vergibt und die Einhaltung von Sorgfaltspflichten in Geschäftsbeziehungen (insbesondere bei Bezügen zu politisch exponierten Personen) sowie entlang der gesamten Wertschöpfungskette durchsetzt. Im Wiederholungsfall hätte diese Behörde auch die Möglichkeit, den Unternehmen die Lizenzen zu entziehen. Die ROHMA würde eine zentrale präventive Rolle spielen, im Vorfeld der Justiz agieren und für mehr Transparenz in der Branche sorgen. Das Vorhaben, eine «Cousine» der Finanzmarktaufsicht FINMA ins Leben zu rufen, war legitim; es war sogar so überzeugend, dass uns eine Immobilienagentur Büroräumlichkeiten für bis zu 300 Angestellte anbot, mehrere Branchenprofis uns ihre Bewerbung schickten und ein Dutzend Unternehmen eine Lizenz beantragten. Über die Jahre kamen immer wieder neue Korruptions- und Geldwäschereiskandale ans Tageslicht, in die Schweizer Rohstoffkonzerne verwickelt waren. Die Cousine der FINMA wurde bis heute nicht gegründet, auch wurde nie ein Gesetz zur Regulierung dieses Hochrisikosektors verabschiedet. ■

Das würde die Initiative bewirken

Grossunternehmen könnten nicht weiter wegschauen, wenn sie die Umwelt verschmutzen oder von Menschenrechtsverletzungen profitieren. Sie müssten ihre Risiken analysieren und entsprechend handeln. Käme es dennoch zu einer Verletzung dieser Standards oder drohte eine solche, könnte die Aufsichtsbehörde eingreifen. Sie könnte Untersuchungen einleiten und Massnahmen ergreifen, um Pflichtverletzungen zu verhindern, zu beenden oder zu sanktionieren.



Wie Holcim in Serbien für 4700 Euro die Luft verseucht

TEXT:
MILORAD IVANOVIĆ

FOTO:
JAN VALO

Im serbischen Städtchen Beočin betreibt der Schweizer Konzern Holcim eine Zementfabrik. Eine staatliche Inspektion ergab 2019, dass die gesundheitsschädlichen Emissionen der Anlage die gesetzlichen Grenzwerte massiv verletzen. Dafür wurde die Tochter Lafarge Serbia Ende 2022 mit lächerlichen 4700 Euro gebüsst.

«Wir können hier kaum mehr atmen», klagt Jovan Ignjatović, während er eine zentimeterdicke Staubschicht vom Tisch wischt. «Das hat sich seit gestern angesammelt», sagt er. Sein Haus steht direkt gegenüber der Zementfabrik. Der ganze Ort ist in eine dicke Rauchwolke gehüllt. Die Leute hier sagen, es ist gefährliches Gift. Die Fabrikleitung sagt, es ist harmloser Wasserdampf.

Mit diesen Worten begann unsere im Juni 2021 publizierte Reportage. Seither sind dreieinhalb Jahre vergangen. Doch für die Menschen, die unter der Zementfabrik von Holcim leiden, hat sich wenig gebessert. Aufgrund der mehrmals festgestellten massiven Überschreitung des gesetzlichen Grenzwerts für mehrere gesundheitsschädliche Substanzen, die Thema unserer Reportage war, wurde die Holcim-Tochter Lafarge Serbia im Mai 2022 zwar verurteilt. Doch die vom Gericht verhängte Busse von umgerechnet rund 4700 Euro liegt gar unter der vom Gesetz für solche Fälle vorgesehenen Minimalstrafe. Die Bevölkerung hat den Glauben an die Justiz verloren. Holcim kam seiner Sorgfaltspflicht nicht nach und verletzte das Menschenrecht der lokalen Bevölkerung auf Gesundheit über längere Zeit – und nun diese lächerlich tiefe Busse.

Unterdessen hat Lafarge Serbia das Zementwerk Beočin gemäss einer Sprecherin mit modernen Filtern ausgestattet, welche die Emissionen deutlich unter die gesetzlichen Grenzwerte drückten. Gemäss Angaben des lokalen Newsportals «O21» hat das Inspektorat für Umweltschutz der Provinz 2022 in einer regulären Kontrolle keine Überschreitung von Grenzwerten festgestellt. Ein Amateurfoto, das am 21. Dezember 2024 aufgenommen worden ist, spricht jedoch eine andere Sprache: Aus den Kaminen der Zementfabrik strömen dicke schwarze Wolken (siehe Foto links).

Die Zementfabrik von Beočin war schon vor der Übernahme durch Lafarge im Jahr 2002 eine der grössten Dreckschleudern im 1991 aufgelösten Jugoslawien. Doch die kurz nach dem Kauf getroffene Entscheidung des Managements, die Öfen statt mit Naturgas mit dem viel billigeren und dreckigeren Petrolkoks zu betreiben, verschlimmerte die Situation nochmals beträchtlich. Petrolkoks ist ein Abfallprodukt aus Ö Raffinerien, dessen Verbrennung extrem hohe Temperaturen, aber auch grosse Mengen an Mikropartikeln, Schwefeldioxid und Russ erzeugt.

Seit 2018 verbrennt Holcim auch medizinischen Abfall

Die zwei Nachbarländer Slowenien und Kroatien, beides EU-Mitglieder, haben diesen Brennstoff aus Umweltschutzgründen in der Zementproduktion verboten. Holcim hingegen ging noch einen Schritt weiter und entsorgt seit 2011 in den Brennöfen seiner Anlage auch den gesamten Haushaltsmüll der Gemeinde. 2018 erhielt die Fabrik zudem die Erlaubnis zur Verbrennung von medizinischem Abfall, Autoreifen und Plastik.

Im November 2019 stattete das Provinzinspektorat für Umweltschutz der Zementfabrik einen Besuch ab. Die Prüfung der Luftemissionen ergab im Zeitraum vom

Bild rechts: Die Zementfabrik der Holcim-Tochter Lafarge Serbia im serbischen Beočin zum Zeitpunkt unserer Reportage im Jahr 2021.

Bild unten: Am 21. Dezember 2024 strömen noch immer dicke schwarze Wolken aus den Kaminen der Zementfabrik.





31. August bis zum 21. November 2019 für manche gesundheitsschädlichen Substanzen eine massive Überschreitung des gesetzlichen Grenzwerts: Demnach überschritt der Ausstoss an Wasserstoffchlorid (HCl) im September 2019 den zugelassenen Grenzwert 62-mal um 200 %. Im Folgemonat emittierte die Fabrik neben HCl auch 847-mal Schwefeldioxid (SO₂), Ammoniak (NH₃) und Stickstoffoxid (NO_x) in Mengen, die ebenfalls 200 % über der jeweiligen gesetzlichen Schwelle lagen. Im November lagen diese Werte noch etwas höher.

In diesen knapp drei Monaten wurden laut Inspektorat rund 963 Tonnen Abfall verbrannt, der zwar als gefährlich klassifiziert, aber nicht besonders behandelt wurde. Wegen dieser illegalen Praktiken wurde eine Klage beim zuständigen Gericht eingereicht. Die im Mai 2022 verfügte Busse geht darauf zurück.

Umweltgesetze nach dem Gusto ausländischer Konzerne

Seit seinem Einstieg in Serbien geniesst Holcim die volle Unterstützung der lokalen und nationalen Behörden, denen die Interessen ausländischer Grossinvestoren immer schon wichtiger waren als jene der Natur und der Bevölkerung. Das spiegelt sich auch in den Umweltgesetzen, bei deren Ausarbeitung die Anliegen von Unternehmen wie Holcim Gehör finden, sagte ein Sprecher von Spasimo Beočin in unserer Reportage von 2021.

Spasimo Beočin war ein Verbund besorgter Bürger*innen, der seit 2015 aktiv war. Die Mitglieder agierten nicht öffentlich. «Wir befürchten sonst Repressionen. Viele von uns arbeiten für die Firma, andere haben Verwandte oder Freunde, die dort ihr Geld verdienen», begründete der Holcim-Kritiker 2021 seinen Wunsch nach Anonymität. Unterdessen musste Spasimo Beočin die Aktivitäten einstellen; der Druck verschiedener Kreise war zu gross geworden.

Von den Dutzenden besonders stark betroffenen Anwohner*innen übte im Sommer 2021 nur Jovan Ignjatović öffentlich Kritik an den Betreibern der Zementfabrik. Der Grund: «Ich bin schlicht zu alt, um noch Angst zu haben. Unsere Freunde und Verwandte sollen weiter dort arbeiten können, aber sie müssen endlich aufhören, uns zu vergiften», fordert er und füttert seine Hühner, während sich neue Staubwolken aufs Gelände legen. Gemeinsam mit seinen Nachbarn hat er zahllose Beschwerden eingereicht – bei der Fabrik, der Umweltbehörde und der Gemeinde. Holcim zahlte ihnen nach einigem Hin und Her eine inoffizielle Entschädigung von knapp 800 Franken, das wars. «Was soll ich mit diesem Geld? Früher war mal die Rede von 12 000 Franken für eine Umsiedlung, doch daraus wurde nichts.»

Wie viele andere hat Jovan Ignjatović Beočin unterdessen verlassen; er lebt heute bei seiner Tochter im Nachbardorf. ■

Das würde die Initiative bewirken

Grossunternehmen müssten sicherstellen, dass sie die Menschenrechte und Umweltbestimmungen in ihren Geschäften respektieren. Sie müssten ihre Risiken analysieren und entsprechend handeln. Kommt es dennoch zu einer Verletzung dieser Standards, bei der ein Unternehmen selbst oder die kontrollierte Tochter involviert ist, müssten diese dafür vor Gericht geradestehen.

WIR SETZEN
UNS EIN.

WIR SIND
AKTIV.



GEMEINSAM
ERREICHEN
WIR MEHR.

Werden Sie Teil unserer Bewegung für globale Gerechtigkeit

Unterstützen Sie uns bereits als Mitglied? Noch nicht? Hier einige Argumente für Ihre Mitgliedschaft bei Public Eye.

Ob der Einsatz von hierzulande verbotenen Pestiziden in Brasilien, Tiefstpreise für Kaffeebauern in Mexiko oder Korruptionsfälle bei Rohstoffkonzernen: **Public Eye deckt mit exklusiven Recherchen Missstände auf, die ihren Ursprung in der Schweiz haben.** Diese Missstände machen auch deutlich, wieso es die Konzernverantwortungsinitiative so dringend braucht.

Als Teil der Koalition für Konzernverantwortung, aber auch mit eigenen Mitteln, macht Public Eye Druck auf Konzerne und die Politik.

Dabei können wir auf die Unterstützung von mehr als 29 000 Mitgliedern zählen, die sich von der Schweiz aus für konkrete Lösungen stark machen.

Bleiben Sie mit uns dran und werden Sie Mitglied. Als Mitglied verleihen Sie unserer Stimme ein grösseres politisches Gewicht und sorgen für unsere finanzielle Unabhängigkeit. Herzlichen Dank!



Schliessen Sie online eine Mitgliedschaft ab:
publiceye.ch/mitgliedschaft

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dierenstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



publiceye.ch

Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns
Public Eye

[in](https://www.linkedin.com/company/publiceye_ch) publiceye_ch [@PublicEye](https://www.youtube.com/channel/UC...) [@publiceye_ch](https://www.facebook.com/publiceye_ch) [@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch) [@publiceye.ch](https://www.twitter.com/publiceye_ch)